



Breslauer

Zeitung

No. 312.

Montag den 10. November

1851.

Inhalt. Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Mittheilungen der ministeriellen preussischen Zeitung.) — (Tagesbericht.) — (Hof- und Personal-Nachrichten. Zur Tages-Chronik.) — (Kirchliches.) — Königsberg. (Kommunalangelegenheiten.) — Posen. (Die Liga Poloka.) — Deutschland. München. (Der Ministerialerlass gegen die Christkatholiken.) — Nürnberg. (Hausfuchung.) — Darmstadt. (Kammervorhandlungen.) — Hannover. (Trübe Ausichten.) — Hamburg. (Kirchliche und wissenschaftliche Projekte.) — (Schleswig-Holsteinische und dänische Angelegenheiten.) — Frankreich. Paris. (Die Debatte in der Nationalversammlung.) — Großbritannien. London. (Kossuth. Der Globe über die Präsidenten-Botschaft. Vermischtes.) — Provinzial-Zeitung. Reisse. (Marktordnung. Badeanstalt. Gesindemäcker. Vermischtes.) — Notizen aus der Provinz. — Handel, Gewerbe und Ackerbau. (Postalisches.) — (Projekt einer Zollvereinsländischen Industrieausstellung.)

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 7. November. Von dem Bureau wurde eine Kommission ernannt, welche den neuen Regierungsentwurf für das Wahlgesetz zu prüfen hat. Diese Kommission besteht aus 15 Mitgliedern, von welchen 13 Mitglieder des Entwurfs und nur 2 für denselben sind.

Paris, 7. November, Nachmittags 5 Uhr. 3% 55, 70. 5% 90, 30. Cours vom 6.: 3% 56. 5% 90, 65.

Hamburg, 8. Novbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Weizen, wild, viel Umsatz, pro Frühjahr, pommerscher 130 Pfd. 96 bezahlt. Roggen, pro Frühjahr, Danziger 78 bezahlt und zu lassen, im Ganzen einige Thaler höher gehalten. Del, pro loco 19, pro Dezember 19 1/4, pro Mai 20 1/2.

London, 7. Novbr., Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols 97 3/4, 98. Hamburg, 3 Monat-Wechsel, 13 Mkt. 10 3/4 bis 11 fl. Wien, schwankend, 12 fl. 40 bis 45 fr. gemacht. — Korn unverändert fest.

Preußen.

Berlin, 8. Nov. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Landrath Freiherrn v. Schlottheim zu Stettin den rothen Adler-Orden vierter Klasse, und dem evangelischen Schullehrer Rausch zu Ernsdorf, Kreis Reichenbach, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den bisherigen Kammergerichtsrath von Bülow zum wirklichen Legations- und Vortragenden Rath bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten; so wie den Landgerichts-Assessor Feldmann zu Koblenz zum Staats-Prokurator bei dem Landgericht in Trier; und den bisherigen kommissarischen Bureau-Vorsteher der Ober-Post-Direktion in Trier, Ober-Post-Sekretair Utendorn, zum Postrath zu ernennen.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 1ten Klasse 104ter Königl. Klassen-Lotterie fiel ein Gewinn von 5000 Rthl. auf Nr. 15217 nach Tilsit bei Löwenberg; 4 Gewinne zu 2000 Rthl. fielen auf Nr. 45680, 50291, 58592 und 67637 in Berlin bei Seeger, nach Düsseldorf bei Spatz, Königsberg in Pr. bei Borchardt und nach Stettin bei Wilsnach; 35 Gewinne zu 1000 Rthl. auf Nr. 3173, 5366, 5757, 7802, 12876, 13010, 13361, 13484, 18233, 23109, 23546, 28125, 30094, 32424, 35582, 38123, 39972, 40366, 42064, 44120, 46149, 53478, 59042, 59724, 59742, 60321, 60858, 62153, 62991, 67986, 70136, 75639, 78588, 79240, und 79722 in Berlin 2mal bei Alvin, 2mal bei Burg, bei Mendheim und 3mal bei Seeger, nach Breslau bei Frobösch und 3mal bei Schreiber, Köln bei Krauß, Danzig bei Kobloll, Düsseldorf bei Spatz, Eberfeld 2mal bei Heymer, Frankenstein bei Friedländer, Graudenz bei Lachmann, Grünberg bei Hellwig, Halberstadt bei Sufmann, Halle 4mal bei Lehmann, Jferlohn bei Hellmann, Magdeburg bei Brauns und 2mal bei Koch, Memel bei Kaufmann, Mühlhausen bei Blachstein, Naumburg bei Vogel, Posen bei Bielefeld und Stettin bei Schwolow und bei Wilsnach; 43 Gewinne zu 500 Rthl. auf Nr. 333, 4218, 4951, 7559, 7796, 8476, 9118, 10311, 10907, 13823, 13923, 15984, 17157, 17263, 20415, 25312, 26340, 27987, 29507, 29721, 32701, 33116, 38067, 41435, 42041, 43767, 43963, 46403, 46570, 47223, 47771, 50152, 50280, 52454, 53661, 55291, 55747, 67160, 72283, 72654, 76709, 78339, u. 79424 in Berlin bei Alvin, bei Aron sen., bei Borchardt, 4mal bei Burg, bei Grack, bei Magdors und 6mal bei Seeger, nach Breslau 4mal bei Schreiber, Köln 4mal bei Reimbold, Danzig bei Meyer und Kobloll, Düsseldorf 2mal bei Spatz, Eberfeld 2mal bei Heymer, Ebing bei Silber, Glogau bei Levysohn, Graudenz bei Lachmann, Königsberg in Pr. bei Borchardt, Landsberg bei Borchardt, Liegnitz 2mal bei Schwarz, Magdeburg bei Brauns und bei Büchting, Potsdam bei Hiller, Sagan bei Wiesenhal, Schönebeck bei Hüner, Stettin bei Wilsnach und nach Tilsit bei Löwenberg; 63 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 768, 852, 3730, 7829, 7860, 8148, 8600, 8798, 13349, 15547, 15790, 16575, 16819, 17528, 20574, 21178, 22031, 23516, 23916, 27959, 28731, 29933, 30391, 31053, 31077, 31440, 32703, 34342, 36161, 36817, 38009, 39671, 41259, 41915, 42619, 42957, 43535, 48254, 48532, 50759, 51963, 53923, 54757, 54903, 56756, 57166, 61847, 62392, 63535, 63568, 63653, 64277, 64436, 64558, 66743, 67328, 68018, 71355, 72062, 75658, 75680, 77632 und 79416.

Angelommen: Se. Excellenz der Staatsminister und Ober-Präsident der Provinz Westfalen, Dr. von Düesberg, von Münster.

Militär-Wochenblatt. Erbprinz von Hohenzollern-Sigmaringen, als Sek.-Lieut. à la suite des 1. Garde-Regts. zu Fuß angestellt. Scheuerlein, Pr.-Lt. vom 3. Artill.-Regt., zum Hauptm. und Battr.-Chef im 5. Artill.-Regt., Marquardt, Hauptm. vom 5. Artill.-Regt., zum Major, Redtel, Pr.-Lt. von demselben Regt., zum Hauptm. und Battr.-Chef, Bergmann, Schröter, Sek.-Lt. von dems. Regt., zu Pr.-Lt., Görlich, Pr.-Lieut. vom 6. Artill.-Regt., zum Hauptm. und Battr.-Chef, v. Schierichky und Bögendorff, Sek.-Lt. von dems. Regt., du Chesne de Ruville, Sek.-Lt. von der Feuerwerks-Abth., à la suite des Garde-Artill.-Regts., zu Pr.-Lt., Ruzsch, Sek.-Lt. vom 5. Art.-Regt., zur Feuer-

werks-Abth. versetzt, und soll derselbe à la suite des Regts. geführt werden. v. Müller, Hauptm. vom 19. Inf.-Regt., zum Major und Komdr. des 2. Bats. 20. Ew.-Regts. ernannt. v. Wedell, Pr.-Lieut. à la suite des 33. Inf.-Regts. und kommandirt zum Kad.-Korps, zum Hauptm. ernannt, dergestalt, als wäre diese Beförderung bereits am 9. d. M. erfolgt. Rother, Sek.-Lt. vom 19. Inf.-Regt., noch bis zum 1. Mai 1852, Cramer v. Baumgarten, Sek.-Lieut. vom 35. Inf.-Regt., noch bis zum 1. Mai 1852, Crüger II., Sek.-Lt. vom 2. Inf.-Regt., und v. Flato, Sek.-Lt. vom 18. Inf.-Regt., noch bis zum 1. Mai 1852, v. Stupecki, Sek.-Lt. vom 27. Inf.-Regt., als Erzieher, bis zum 1. Mai 1852, zum Kadetten-Korps kommandirt. v. Raminiek, Pr.-Lt. a. D., zuletzt im 2. Ulan.-Regt., der Char. als Rittm. beigelegt. Leo, Gen.-Major und Kommandant von Glogau, zum Inspektor der 1. Artill.-Jnsp., Frhr. v. Buddenbrock, Oberst-Lieut. vom 1. Garde-Regt. zu Inf., zum Kommandanten von Glogau ernannt, und soll letzterer bei genanntem Regiment à la suite geführt werden. — Bei der Landwehr: v. Hirschfeld, Major und Kommander des 2. Bats. 20. Regts., ins 20. Inf.-Regt. versetzt. v. Frankenberg, Gen.-Major und Jnsp. der 1. Art.-Jnsp., als General-Lieut. mit Pension, der Abschied bewilligt. Fischer II., Marine-Auxil.-Offizier, Mikelleitis, Hauptm. undendant des Train-Depots vom VI. Armeekorps, als Major mit der Train-Unif. des VI. Armeekorps mit der vorsch. Abz. f. D. u. Pension, der Abschied bewilligt. Kroll, Bat.-Arzt vom 2. Bat. 22. Ew.-Regts., f. D. u. Jns.-Regt. versetzt. Dr. Seydel, Assistenz-Arzt vom 2. Garde-Regt. zu Fuß, zum Bats.-Arzt des 2. Bats. 22. Ew.-Regts. ernannt. Erdnisch, Hilfsarbeiter von der Intend. des IV. Armeekorps, auf Grund bestandener Prüfung, zum Registrat.-Assist. bei der Intend. des VI. Armeekorps ernannt. Schmidt, wirkl. geh. Kriegs-rath im Kriegs-Ministerium, vom 1. Januar 1852 ab, die Stelle des Vorstehers der Servis-Abtheilung des Militär-Oekonomie-Departements übertragen.

Berlin, 8. November. [Mittheilungen der ministeriellen Preuss. Ztg.] Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich von Preußen und Höchstseffen Sohn, Prinz Georg Königl. Hoheit, sind nach Berlin zurückgekehrt und waren heute in Sanssouci bei der königlichen Tafel.

Ueber das Befinden des Königs von Hannover geht uns folgende telegraphische Depesche zu: Hannover, 8. November Mittags. Der König hat eine ruhige Nacht gehabt und das Befinden ist im Allgemeinen besser.

Der Herr Minister-Präsident, der heute um 12 Uhr sich nach Sanssouci zum Vortrage bei Sr. Majestät dem Könige begab, wird morgen Mittag 12 Uhr nach seinem Gute in der Niederlausitz reisen und am Dienstage von dort zurückkehren.

Die gestrige „Vos. Z.“ enthält einen Artikel über die Stellung der östlichen Mächte gegen Frankreich, in dem sie Konjekturen und politisch sein sollende Einfälle in ihrem üblichen Tone vorträgt und dadurch Manchen irre führen wird — namentlich da unsere neuliche ganz objektive Mittheilung eines mitgetheilten Artikels über die Präsidentenwahl und ein früherer ganz bedeutungsloser Aufsatz des „Journal de Francfort“, welche mit den Mittheilungen der „Vos. Zeitung“ im Wesentlichen coincidiren, bereits zu Mißverständnissen aller Art Anlaß gegeben haben. Ein etwas einsichtiger Beurtheiler der Politik wird einsehen, daß Ansichten der Kabinette über die inneren Zustände Frankreichs von Absichten sehr entfernt sind, und daß die Regierungen so genau wissen, wie empfindlich die französische Nation gegen jeden Schein einer äußeren Einmischung ist, um nicht auch diesen Schein auf das Sorgfältigste zu vermeiden.

Der geheime Legationsrath Philipsborn ist nach dem Haag abgegangen, um die Unterhandlung eines Handels- und Schifffahrts-Vertrages zwischen dem Zollvereine und den Niederlanden einzuleiten.

Berlin, 8. Nov. [Tagesbericht.] Die Neue Preussische Zeitung kommt heute noch einmal zurück auf die Intention der Verlegung der Bundes-Versammlung nach Dresden, und läßt sich immer durchscheinen, daß eine solche Verlegung wirklich in Aussicht stehe. Das Dresdener Journal hatte bereits in einer offiziellen Weise es für unbegründet erklärt, daß die königlich sächsische Regierung für diesen Fall vortheilhafte Anerbietungen gemacht habe. Auch uns wird in der allerbestimmtesten Form es in Abrede gestellt, daß bisher irgend welche positiven Schritte gethan seien, welche eine derartige Absicht verriethen. Ganz abgesehen von anderen Gründen, wollen wir hier auch eines Motives für das Verbleiben der Bundes-Versammlung in einer Stadt, wo sich kein Hof befindet, erwähnen, welches uns wiederholentlich zur Zeit der Dresdener Konferenzen dort angeführt wurde. Schon damals nämlich hob man die Kostspieligkeit der Repräsentationskosten mannigfach hervor, welche für den königlich sächsischen Hof aus der Anwesenheit so zahlreicher Repräsentanten fremder Höfe folgten, eine Rücksicht, welche in Frankfurt vollständig fortfällt. Den Besorgnissen, welche aus der angeblichen Unterwühlung Frankfurts im demokratischen Sinne auf einzelnen Seiten rege geworden sind, ist überdem zur Genüge durch die Zusammenziehung des kleinen Bundesarmekorps begegnet, welches ja speziell zunächst den Zweck hat, zum Schutze der Bundes-Versammlung zu dienen. Wir können daher nur dabei stehen bleiben, daß in diesem Falle durch die Neue Preussische Zeitung in der Form einer bevorstehenden Thatsache etwas gemeldet worden sei, was wohl hier und da gewünscht werden mag, von der Verwirklichung aber noch fern abliegt.

Wir erwähnten vor einiger Zeit der Berichte, welche in Folge des Reskripts des Handelsministers vom 22. Mai über eine als nothwendig erkannte Ergänzung und Umänderung des Regulativs vom 9. März 1839 über die Beschäftigung jugendlicher

Arbeiter in den Fabriken eingegangen waren, und kündigten einen desfalligen Erlass als nahe bevorstehend an. Der heutige Staats-Anzeiger bringt die Bestätigung dieser Nachricht, denn er publizirt eine vom Kultus- und Handels-Minister in Gemeinschaft erlassene Cirkular-Verfügung, nach welcher jugendliche Arbeiter im Alter von unter 16 Jahren, insofern sie nicht zuvor eine hinreichende Schulbildung genossen haben, nur dann in den Fabriken sollen beschäftigt werden dürfen, wenn in denselben zur Ergänzung dieser mangelhaften Schulbildung von den Fabrikbesitzern geeignete Schulen eingerichtet werden. Nach den Nachrichten, welche uns zugehen, ist dies nur der erste der Schritte, welche von Seiten des Handelsministers zur Fürsorge für die jugendlichen Fabrikarbeiter in sanitäts- und sittenpolizeilicher Hinsicht beabsichtigt werden. Fernere Cirkular-Verfügungen stehen daher im Sinne unserer früher darüber gegebenen Mittheilungen noch bevor.

Eines derjenigen Institute, welche in Folge der Bewegung des Jahres 1848 hier hervortraten, und außerordentlich segensreich wirkten, waren die s. g. Darlehns- und Vorschussklassen. In jedem der hiesigen Stadtbezirke entstanden dieselben; sie wurden gebildet durch kleine monatliche Beiträge der Bezirkseinwohner und wurden meistens zu zinsfreien Vorschüssen an häuslichbedürftige Handwerker benutzt. Die Verdächtigung gegen Alles, was aus dem Jahre 1848 herdatirt, hat sich auch gegen diese Institute gerichtet, insofern man denselben politische Parteibestrebungen unterlegte. Durch die Polizei-Verordnung vom 9. v. M. ist die Art an die Wurzel dieser wohlthätigen Institute angelegt. Diese Verordnung über das Kollektwesen verbietet ausdrücklich das Einsammeln von Beiträgen aller Art ohne ausdrückliche polizeiliche Genehmigung, und eine heut erlassene Bekanntmachung erinnert speziell daran, daß diese Verordnung sich auch auf die in Rede stehenden Vorschuss-Vereine bezieht. Das Einsammeln der monatlichen Beiträge ist daher für den Augenblick sistirt, und wie wir hören, will man von Seiten der Vorschuss-Vereine einen Versuch machen, dieser polizeilichen Verordnung durch Ausarbeitung eines Normalstatuts für die gesammten Darlehnskassen zu begegnen, um auf Grund des Artikels 3 der Verordnung die Genehmigung zur Einsammlung der Beiträge ein für allemal zu erwirken.

Es unterliegt kaum mehr einem Zweifel, daß das Ende des Königs von Hannover naht. Je mehr man zu dieser Gewissheit gelangt, um so reger werden die preussischen und die österrheischen Bestrebungen in Hannover, den Kronprinzen für sich zu gewinnen. Es ist eine Thatsache, daß der Sieg, welchen der preussische Einfluß in jüngster Zeit in Hannover davon getragen hat, vornehmlich den freundschaftlichen Beziehungen zuzuschreiben ist, in denen der jetzige dortige preussische Gesandte, General Graf Rostiz, von Jugend auf zum Könige von Hannover steht. Da nun aber diese Rücksichten für die Folge schwerlich mehr als bestimmende Momente hinreichen dürften, so wird schon in den nächsten Tagen ein jüngerer Diplomat dem greisen Grafen Rostiz von hier aus beigegeben werden. Ueber die Wahl der für diese im Augenblick schwierige Mission geeignete Persönlichkeit soll jedoch noch nicht entschieden sein.

Berlin, 8. November. [Hof- und Personal-Nachrichten. — Tages-Chronik.] Seine Majestät der König werden dem Vernehmen nach die Kammern am 27. dieses Monats in Person eröffnen.

Se. Majestät der König haben, wie wir vernehmen, den General-Lieutenant v. Lindheim, Kommandeur der 11. Division, zum interimistischen Kommandeur des 6. Armeekorps und den General-Lieutenant v. Tieggen und Hennig, Kommandeur der 15. Division, zum interimistischen Kommandeur des 5. Armeekorps zu ernennen geruht.

Im Ministerium des Innern fand gestern eine mehrstündige Konferenz statt, welcher der Ministerpräsident, die Minister v. Westphalen und v. Bodenschwingh, der Oberpräsident v. Diesberg, der Unterstaatssekretär v. Mantewffel und mehrere Räte beiwohnten. Gegenstand der Beratung sind die Entwürfe der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung gewesen. — Der Ministerrath hat heute keine Sitzung gehalten. Der Ministerpräsident Hr. v. Mantewffel begab sich um 12 Uhr nach Sanssouci, um Sr. Maj. dem Könige Vortrag zu halten.

Se. Durchlaucht der Fürst Leo Sapieha ist aus Kemberg, und Se. Erlaucht der Graf Stolberg-Bernigerode aus Krepelhof hier angekommen.

Der durch seine unerhörliche Treue und Anhänglichkeit an die Sache des Don Carlos von Spanien bekannte General Graf de Los Balles hat, von Wien kommend, einige Tage in unserer Stadt verweilt und ist heute nach St. Petersburg weiter gereist.

Ueber die definitive Regierung in den hohenzollernschen Landen sind bestimmte Festsetzungen zwar noch nicht erfolgt, doch dürfte schließlich daselbst eine kleine Regierung, bestehend aus einem Präsidenten und einigen Räten, etabliert werden, welche dem Ober-Präsidium der Rheinprovinz untergeordnet wird.

Man vernimmt, daß der Kurfürst von Hessen sich doch nun nach Wien begeben wird. Wir wissen nicht, welche politische Bedeutung diese Reise, die bereits mehrmals angelegt und wieder verworfen wurde, haben mag, aber dafür, daß sie überhaupt eine solche haben möchte, spricht wohl der Umstand, daß Herr Haspenflug ein großes Gewicht auf die Reise legt. Obgleich, wie wir hören, die Feststellung neuer Verfassungsverhältnisse von Herrn Haspenflug bis zur Rückkehr seines Souverains von Wien verschoben werden wird, so scheint nach Andern, was zu unserer Kunde gelangt, in dieser Frage selbst nicht das Motiv der Reise zu liegen.

Was die Bundespreßgesetzgebung anlangt, so wird der politische Ausschuss bald nach dem Eintreffen der Sachverständigen in Frankfurt diese Angelegenheit in Beratung nehmen. — Beschlüsse des Ausschusses liegen zur Zeit noch nicht vor. Preussischerseits ist als Sachverständiger für die Mission nach Frankfurt der Oberregierungs Rath Lüdemann bestimmt. — Die bisher genannten Namen sind, unserm Wissen nach unrichtig gewesen, nur von dem geh. Regierungsrath Scheerer war für die in Rede stehende Sendung die Rede.

Es ist eine Verbindung der Lübeck-Büchener Bahn mit der hannoverschen projektirt. Die Bahn ist bereits Seitens der Berlin-Hamburger Bahngesellschaft bis Lauenburg nahe vollendet und endigt hier auf dem rechtsseitigen flachen Ufer der Elbe oberhalb der Stegeln. Es liegt nun in Absicht, sie von hier auf einer 1200 Fuß weiten Strombrücke auf das linke Elbufer zu führen, und für den Abfluß des Hochwassers noch eine Flußbrücke von 600 Fuß Breite auf dem rechten Ufer zu erbauen, worauf die Bahn sich bei Lüneburg an die hannoversche nach Haarburg führende Bahn anschließen soll.

C. B. [Kirchliches.] Die oberste evangelische Kirchenbehörde hat sich kürzlich zustimmend zu der von dem Konsistorium für Schlesien aufgestellten Ansicht erklärt, daß Anträge Seitens der Geistlichen auf Dispensation einer geschiedenen ehedem ehelichen Person von dem in Betreff der Wiederverheirathung durch das richterliche Erkenntnis ausgesprochenen Verbote unangemessen seien. Nicht bloß die bürgerliche Gesetzgebung, sondern auch die Anordnung der heiligen Schrift bezeichne die Eingehung der Ehe zwischen dem Ehebrecher und der Ehebrecherin als sündhaft und gründe darauf das

Eheverbot. Es sei demnach auch der Stellung der Geistlichen ihrer Gemeinde gegenüber nicht angemessen, daß sich dieselben mit derartigen Anträgen befassen. Vielmehr sei es den beteiligten Personen zu überlassen, mit ihren Gesuchen sich direkt an das Konsistorium zu wenden.

Die Angelegenheit des deutsch-katholischen Predigers Brauner ist vielfach als ein gegen die deutsch-katholische Vereinigung selbst gerichteter Schritt angesehen worden. — Man hat Seitens der Behörden diese Sache jedoch keinesweges so aufgefaßt, vielmehr, da nach der Auffassung, welche die deutsch-katholischen Gemeinden als politische Vereinigungen hinstellt, der Hr. Brauner ein festes Domizil (als Prediger) hier nicht hatte, derselbe aber bestrebt schien, die Gemeinde über die Anschauungen hinauszuführen, die anderwärts von den Deutschkatholiken als Grundlagen angenommen werden und die nicht geradezu auf „atheistische Glaubensbekenntnisse“ dringen, nur einen atheistischen und antistaatlichen Agitator aus der Hauptstadt entfernen zu müssen geglaubt. Da ein anderer Weg zur Verhinderung von als gefährlich erkannten Vorträgen etwa nur durch Aufhebung der deutsch-katholischen Vereinigung überhaupt hätte erreicht werden können, so haben die Behörden offenbar den für die Vereinigung selbst milderen Weg eingeschlagen.

Königsberg, 5. Novbr. [Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten] war insofern von Bedeutung, als in derselben verschiedene Gegenstände zur Kenntniß der Vertreter der Stadt gebracht wurden, die schon lange der Erledigung harren. Es wurden den Stadtverordneten zuerst die Entscheidungen des hiesigen Oberpräsidiums und des Ministeriums in Betreff der nicht erfolgten Bestätigung des Bürgermeisters Sperling auf fernere 12 Jahre von Seiten der Regierung mitgetheilt. Beide Instanzen haben das Verfahren der Regierung gebilligt. Desgleichen wurde der Verfassung die Entscheidung kommuniziert, welche der Herr Minister des Innern auf den Rekurs erlassen hat, den der Magistrat gegen die von der Regierung erfolgte Annullirung des Gemeinderaths ergriffen hat. Auch diese ist von dem Ministerium des Innern für begründet erklärt worden. Hiermit verbunden wurde zugleich eine Verfügung der Regierung mitgetheilt, durch welche die sofortige Vornahme von neuen Gemeinderathswahlen angeordnet wird, zu deren Leitung der Regierungsrath Schlott als kgl. Kommissarius ernannt ist.

Posen, 8. November. [Die Liga Polska] ist in diesen Tagen polizeilich geschlossen worden. Verschiedene Beweislücke für eine Seitens derselben stattgefundenen Korrespondenz mit England und Frankreich sind bei dem Vorsitzenden vorgefunden und der Staatsanwaltschaft zur Einleitung der Untersuchung übergeben worden. (Pos. 3.)

Deutschland

München, 6. Novbr. [Ministerial-Erlass.] Aus dem Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten ist folgende vom 2. Nov. datirte Bekanntmachung, die deutsch-katholischen und freien Kirchengemeinden betreffend, erschienen:

„Da die auf Grund der allerhöchsten Entschliessung vom 8. Oktober 1848 (Bekanntmachung vom 20. Oktober 1848, Regierungsblatt S. 1049), so wie der Ministerial-Entschliessungen vom 10. November desselben Jahres und 14. September 1849 unter den Namen „deutsch-katholische und freie Kirchengemeinden“ gebildeten Religionsgenossenschaften nicht nur von ihren zur Vorlage gebrachten Grundbestimmungen abgewichen sind, sondern auch nach den gemachten Erhebungen und offenkundigen Thatfachen eine Richtung genommen haben, welche dem Christenthum und selbst dem Begriffe und Wesen von Religion und Religionsgesellschaft überhaupt widerspricht und deshalb nothwendig zu dem Verfall aller Glaubens und der hierauf gegründeten stitlichen und bürgerlichen Verhältnisse führen muß, so haben Se. Maj. der König auf Antrag des unterfertigten Staatsministeriums auszusprechen geruht, daß bei gänzlichem Mangel derjenigen Voraussetzungen, unter welchen die allerhöchste Entschliessung vom 8. Oktober 1848, dann die Ministerial-Entschliessungen vom 10. November 1848 und 14. September 1849 erlassen wurden, nunmehr diese Entschliessungen anmit außer Wirksamkeit gesetzt werden, beflagte Vereinigungen daher in der Eigenschaft als Religionsgesellschaften im Sinne der §§ 3, 32—37 der zweiten Verfassungsbeilage ferner nicht anzuerkennen seien. Dies wird mit dem Anhang zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß demgemäß die bemerkten Vereine zur Ausübung jener Rechte und Vornahme jener Handlungen, welche gesetzlich nur den Religionsgesellschaften zustehen, nicht mehr befugt seien.“

Nürnberg, 6. November. Heute Morgen ist in dem Gasthaus „zum rothen Hahn“ bei einem Handlungsreisenden Haus suchung vorgenommen worden.

Darmstadt, 5. Nov. [Kammer-Verhandlungen.] Der Bericht über den Reh'schen Antrag, die Grundrechte und den desfalligen Bundesbeschluß betreffend, ist in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer von dem Abg. Breidenbach erstattet worden. Die Majorität des Ausschusses, bestehend aus dem Berichterstatter, dem Abgg. Draudt und Nessel, will dem Antrage keine Folge gegeben haben. Die Minoritätsmitglieder Müller-Melchior's und Mohr beantragen dagegen: 1) den Bundesbeschluß vom September d. J. für die Selbständigkeit des Großherzogthums verlegend, für rechtswidrig und darum für unverbindlich zu erklären; 2) auszusprechen, daß die Grundrechte, ohne Rücksicht auf den Bundesbeschluß, nach wie vor als verbindlich anzusehen seien; 3) großherzogliche Staatsregierung zur unverzüglichen Aberufung ihres Gesandten in Frankfurt aufzufordern; 4) die Kosten für diese Gesandtschaft im Budget nicht passiren zu lassen. Die Verhandlungen über diesen Antrag werden erst im Laufe der nächsten Woche beginnen.

Hannover, 7. November. [Trübe Aussichten.] Mit König Ernst August geht zu Ende. Nachdem das amtliche Bulletin der Hannov. Ztg. von heute Abend zugeseht: „der König habe eine unruhige Nacht gehabt“ und „eine Zunahme der Kräfte sei nicht bemerkbar“, brauche auch ich wohl länger kein Geheimniß daraus zu machen. Schon gestern Abend wurde der König todt gesagt; heute im Laufe des Tages wiederholte sich das; es scheint leider, als ob es nur um einen, höchstens um zwei Tage zu früh käme. Denn wird auch offiziell der Gesundheitszustand des alten Königs noch immer außerordentlich diskret, ja, wie Sie an dem eben erwähnten Bulletin sehen, diplomatisch behandelt, so ist doch die harte Nothwendigkeit der Dinge schon so scharf herangeraten, daß selbst dem entfernter Stehenden ein Blick in das Krankenzimmer nicht hat verwehrt werden können. Heute früh sind der Kronprinz und die Kronprinzessin in aller Eile zu Fuße nach dem Palais des Königs gewandert; Nachmittags sollen ihre Kinder noch einmal zum Großvater gebracht sein; heute Abend ist der hier ansässige englische Geistliche dort gewesen. Der Herzog von Cambridge ist eiligst aus England hierher beschieden; heute Nachmittag soll er bereits angekommen sein. „Es hält nicht länger“, hat ein dem König nahe stehender Mann gesagt. Ich kann Sie versichern, daß man völlig darauf gefaßt ist, den König die nächste Woche nicht mehr erleben zu sehen. — Es gehen uns große Hoffnungen mit ihm zu Grabe. Wird der Nachfolger sie neu zu erwecken gewillt sein? — Ich erfahre jetzt erst, daß die Minister, die natürlich schon seit längeren Tagen von dem wirklichen Zustande des Königs Kenntniß

*) Wie der „D. V. A.“ von hier geschrieben wird, sind im Ministerium des Innern die Beratungen über die Vorlagen beendet, welche in Betreff der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung den Kammern zugefertigt werden sollen. So weit der Korrespondent darüber Kenntniß erhalten hat, ist das händische Prinzip den betreffenden Vorschlägen zum Grunde gelegt. In den künftigen Provinzial-Versammlungen werden die Ritterschaft, die Land- und Stadtgemeinden durch aus ihrer Mitte gewählte Abgeordnete vertreten sein. Doch wird einmal die Zahl der Abgeordneten eine viel kleinere als bisher sein, indem immer drei der bisherigen Wahlkreise zu einem vereinigt werden sollen, das anderemal ein jeder Stand gleich viel Abgeordnete zu wählen erhalten. — Es ist hierbei zu bemerken, daß dieser Plan noch der Beratung des Staatsministeriums unterliegen würde.

hatten, ihr ganzes Interesse an der Organisationsfrage nur auf diesen einen Punkt gerichtet gehalten haben, da an Regierungsgeschäfte, bei denen der König theilhaftig ist, schon seit wenigstens 14 Tagen nicht mehr gedacht werden konnte. Darüber, ob man jene Frage bejahen oder verneinen soll, ist fast Jedermann ungeschlüssig. Die bekannte Antipathie der kaiserlichen Familie gegen die Grote verleitet ziemlich allgemein zu dem Glauben, daß mit ihr auch Münchhausen und somit natürlich auch Lindemann und Meyer, und, wie sich von selbst versteht, auch unsere Reformgesetze fallen werden, während man sich andererseits mit nicht geringer Bewunderung erzählt, daß Lindemann seine Hoffnung fest auf den Kronprinzen baut. (Const. 3.)

Hamburg, 7. Novbr. [Kirchliche und wissenschaftliche Projekte.] Ueber die Erhebung Hamburgs zu einem katholischen Bischofssitz bringt der „N. C.“ einen, wie man vermuthet, officiösen Artikel, in welchem zugestanden wird, daß die Stiftung dieses norddeutschen Bisthums sehr leicht möglich sei. Etwaige Einsprüche dortiger Behörden würden schwerlich fruchten. Oesterreichs Truppen weiten jetzt daselbst. Zwar seien die Grundrechte aufgehoben, allein Glaubensfreiheit bestände doch und die evangelische Kirche werde doch wohl nicht daran denken, durch Opposition gegen die Ansetzung eines neuen Bisthums die Herrschaft zu behaupten. — Ueber den Mangel einer Universität in Hamburg ist schon sehr viel geklagt und verhandelt worden, und nicht Unrecht mögen diejenigen haben, welche das Gedeihen einer Hochschule in dieser lebensvollen Stadt bezweifeln; um so freundlicher werden aber, bei dem Mangel öffentlicher Lehranstalten, die vielen Privatvorträge aufgenommen, die von Seiten einzelner hier lebender Gelehrten abgehalten werden. Mit einziger Ausnahme der politischen Wissenschaften werden im laufenden Wintersemester in fast allen wissenschaftlichen und Kunstzweigen Vorlesungen gehalten werden und kündigen eben heute wieder Dr. Küchenmeister und Candidat Brauer Vorträge über Astronomie, über die Gestalt der Erdoberfläche und deren Bedeutung für die Menschheit, an.

Hamburg, 8. Nov. [In Betreff der holsteinischen Kontingents-Angelegenheit] bekämpfen sich vollkommen die früheren Mittheilungen. Die dänische Regierung war der Ansicht, die Sache sei in Betreff der Uebergabe des Kommandos an den General Bardenfleth s. w. d. a. bereits vollständig erledigt, und sie ernannte die Offiziere, die ins Kontingent eintreten sollten. Die beiden deutschen Großmächte hatten indes nur unter gewissen Voraussetzungen das betreffende Anerbieten gemacht — es heißt unter der Bedingung, daß der gegenwärtigen Dänisirung Schleswigs Einhalt gethan und die Wiederherstellung der schleswigschen und holsteinischen Provinzialstände sofort vorgenommen werde — und Dänemark benutzte die Konzeption, ohne, wie es in diesem Falle nicht das erste Mal geschieht, von der Gegenforderung nur Notiz zu nehmen. Wie es scheint in Folge österreichischer Vorstellungen, ist nunmehr nach übereinstimmenden Berichten aus Kiel und Kopenhagen die Ordre an die dänischen Offiziere, in Kiel sich einzufinden, vorläufig zurückgenommen. Doch wünscht man allerseits eine schließliche Erledigung und werden die betreffenden Verhandlungen unausgesetzt sehr eifrig gepflogen. Die von den deutschen Großmächten gestellten Forderungen sind übrigens als feststehende und bereits auf das Minimum reduzierte anzusehen. Auch auf ihren übrigen Forderungen in den in Folge des dänischen Ministerwechsels augenblicklich ruhenden Verhandlungen über die Verfassungsfrage, heißt es übereinstimmend von allen Seiten, werden Oesterreich und Preußen, gestützt auf Rußland, unter allen Umständen fest beharren.

Die Beratungen der lauenburgischen Notablen sind bereits seit dem 26. v. M. geschlossen. Das Resultat derselben ist in den Händen des Grafen Reventlow-Criminil. — In Kopenhagen scheinen die Minister unter einander nicht einverstanden; das bereits entworfen gewesene Programm ist vom Kabinet selbst wieder verworfen. Im Folkething wurden zum Behuf der Entgegennahme der Eröffnungen des Ministeriums 3 Tage nach einander, am 3., 4. und 5., geheime Sitzungen gehalten. Im Landsting sollte die Sache am 7. vorkommen. (H. N.)

Frankreich.

Paris, 6. Nov. [Legislative Debatte.] Die Sitzung ist der Beratung des Budgets für 1852 gewidmet. Noch vor Anfang der Sitzung findet das Skutinium zur Erwählung eines Vicepräsidenten und zweier Secretäre statt. Der Präsident liest hierauf einen Brief des Finanzministers vor, der die Nationalversammlung bittet, zu entscheiden, ob die Mitglieder der Kommission der Amortisationskasse, welche zugleich Mitglieder der Nationalversammlung sind, jetzt, da ihre dreijährige Frist, für die sie erwählt sind, bald abläuft, Kommissionsmitglieder bleiben können oder nicht. Der Minister verlangt, die Versammlung möge entscheiden, ob die drei Mitglieder in ihrer jetzigen Stellung bis zu dem Ablauf der drei Jahre erhalten werden. Sie entscheidet, daß dieselben einer neuen Wahl unterzogen werden, und daß das Skutinium nächsten Samstag stattfinden soll. — Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen, d. h. zur Diskussion des Budgets für 1852. Man schreitet zur Diskussion der Artikel. Man votirt — (unter lautem Protest der Linken) — die ersten 9 Kapitel, die Staatsschuld betreffend, und das 10. Kapitel, betreffend des Wittwengehaltes der Herzogin von Orleans im Betrage von 300,000 Franken. Da die Majorität zweifelhaft, wird neuerdings abgestimmt und dasselbe ohne Weiteres angenommen. Der 2. Theil, die Dotation betreffend, wird angenommen, der 3. Theil, die Departements der Ministerien betreffend, wurde angenommen. Präsident Dupin veröffentlicht das Skutinium: Vitet ist mit großer Majorität zum Vicepräsidenten gewählt. — (Hr. Leon Faucher durchgefallen.) Zu Secretären wurde Niemand erwählt, weil das Skutinium ohne Resultat blieb. Am 4. Uhr endlich stellen die Quästoren der Nationalversammlung einen Antrag für die Tagesordnung, vermöge dessen der Präsident der Nationalversammlung ermächtigt würde, die zum Schutz der Nationalversammlung notwendigen Truppen direkt zu requiriren, sowie den Beistand der Behörden. Der Präsident der Nationalversammlung erneuert den Oberkommandanten der Armee des Parlaments, und der zu fassende Beschluß soll den Truppen als Tagesbefehl mitgetheilt und in allen Kasernen der Republik angeschlagen werden. Die Quästoren tragen auf Dringlichkeit des Antrages an. Die Nationalversammlung erhebt sich mit großer Majorität für die Dringlichkeit. Das zweite Skutinium über die Wahl der zwei Secretäre erfolgt. Das Resultat ist, daß Grimault und Neupin gewählt sind. — Dupin: Man hat verlangt, daß der Gesetzentwurf über das Gesetz vom 31. Mai auf die Tagesordnung der Abtheilungen für die nächste Woche gesetzt werde. — Die Nationalversammlung entscheidet dann, daß der ministerielle Gesetzentwurf nicht an den Staatsrath gewiesen werde. — Die Sitzung endigte um 5³/₄ Uhr.

Großbritannien.

London, 6. Nov. [Kossuth — Der Globe über die Präsidenten-Botschaft. — Vermischtes.] Alle Zeitungen melden, daß Kossuth gestern eine Zusammenkunft mit Mazzini hatte.

Die Kuratoren des sogen. Kossuthfonds, Lord D. Stuart an der Spitze, zeigen an, daß Beiträge in Empfang genommen werden bei Currie und Comp., Kornhill; bei Coutts und Comp., im Strand und bei der Commercial-Bank of London.

Trotz der Weigerung des Mayors von Manchester, eine Kossuth-Demonstration zu veranstalten will man dort eine solche doch zu Stande bringen. Zu diesem Zwecke hat sich ein Komitee gebildet, welchem 250 Kaufleute, Fabrikherren und Banquiers von Manchester beigetreten sind.

Aus Lissabon schreibt man, daß der dortige spanische Gesandte die Weisung erhielt, Ihrer Majestät von Portugal die Versicherung zu geben, daß der Hof von Madrid die Entrüstung des portugiesischen über die Lissaboner Kossuth-Demonstrationen vollkommen theile.

Ein Polizeifall, der an die Anwesenheit Kossuths erinnert, kam heute vor das Themse-Friedensgericht. Ein Mr. Thurgar, vom k. k. österreichischen Generalkonsulat, verklagte die italienischen Matrosen mehrerer triestiner Schiffe, die in den Docks liegen, wegen Insubordination; dieselben hätten Sympathien für Kossuth geäußert, sich geweigert, länger unter der österr. Flagge zu segeln und ihre Entlassung verlangt, während ihr Kohtrank nicht vor der Rückkehr nach Oesterreich aus sei. Zuletzt hätten sie gegen einen Kapitän die Messer gezogen. Herr Thurgar verlangte die Verhaftung und Bestrafung der Matrosen. Mr. Yardie, der Friedensrichter, sandte einen Polizeinspекter nach den Docks; da jedoch kein thätlicher Friedensbruch nachzuweisen war, weigerte er sich, die Matrosen ohne „warrant“ (höheren Richterbefehl) zu verhaften, indem er sagte, daß die Kontraktverhältnisse fremder Matrosen und Kapitäne nicht vor seine Gerichtsbarkeit gehören und daß politische Sympathien in England gar nicht bestraft werden könnten. Herrn Thurgar schien von dieser Auskunft nicht befriedigt und erklärte, an Lord Palmerston appelliren zu wollen.

„Daily News“ will wissen, daß Kossuths Aeußerungen über die freihändlerischen Gesinnungen und Bedürfnisse Ungarns in der City einen günstigen Eindruck gemacht haben, und daß man sich neuerdings mit dem Plane trage, dem das foreign office seit Cannings Zeit durch seine Agenten Eingang zu verschaffen suchte, eine direkte Handelsverbindung mit Ungarn von den albanesischen Häfen aus zu eröffnen; der Ueberlandweg durch die Drau sei nicht länger als der von Triest bis zur Donau. Kossuths Anwesenheit habe die größeren Kapitalisten diesen bisher hoffnungslosen Bestrebungen günstiger gestimmt. Der ganze Artikel klingt uns zu mysteriös, um zu glauben, daß unsere Leser ihn besser verstehen würden, als wir; denn es ist schwer zu begreifen, welchen Einfluß Kossuths Reden auf die jetzige Handelspolitik Oesterreichs haben können.

Der Globe äußert sich über die heute hier angekommene Botschaft Louis Napoleons sehr zurückhaltend. „Louis Napoleon sucht die Endziele einer konservativen Regierung durch die Lieblingemittel der äußersten Revolutions-Parteigänger zu erlangen. Er will das Maigesetz abschaffen und kein haarbreit von der bisherigen Repressivpolitik abgehen. Das sei schwer mit einander zu vereinbaren.“ In Folge davon will der Globe dem Ministerium Thoiry kein langes Leben prophezeien, ein desto längeres dagegen der französischen Krisis. Uebrigens bemerkt er, ist die Repressivpolitik in Frankreich immer noch eher am rechten Orte als in Deutschland und Italien.

Das Parlament wurde gestern, wie üblich, wieder pro forma bis zum 15. Januar vertagt.

Nach einer Anzeige der Direktoren der Telegraphen-Kompagnie zwischen England und Frankreich wird der unterseeische Telegraph in den ersten Tagen kommender Woche im Dienst des Publikums zu arbeiten anfangen.

Die höchste Richterstelle in Ostindien, welche durch den Tod Mr. Bethune's erledigt ist, hat Mr. Nassau sen. erhalten. Der Posten trägt seine 10,000 Livres jährlich.

Provinzial-Beitrag.

Reife, 8. November. [Eintritt des Frostes. — Zur Marktordnung. — Gefinde-Mäcker. — Baugesuche. — Projektirte Badeanstalt im neuen Wintergarten. — Conchyliensammlung. — Kirmes. — Photographie.] Am 6. d. M. hatten wir seit vorigem Winter den ersten scharfen Frost, das Wasser in den Gräben fand sich des Morgens mit Eis bedeckt, welches sich im Schatten auch den Tag über erhielt. — Mehrfache Uebelstände, welche sich in Ansehung des hiesigen Marktverkehrs zu erkennen gegeben haben, sind die Veranlassung geworden, daß zur Begegnung fernerer Klagen den Marktverkehr regelnde Bestimmungen von dem Magistrat erlassen wurden. Den Händlern wird, zu Folge dieser Anordnungen der Einkauf von zum Wochenmarkt nach der Stadt gebrachter Butter in den Monaten von Oktober bis April erst von 9 Uhr Morgens ab gestattet, während dies für dieselben im Sommer von 8 Uhr Morgens an erlaubt war. Die Vertheuerung von Lebensmitteln für den gewöhnlichen Bedarf oder die Behinderung der Zufuhr derselben zu öffentlichen Märkten, so wie die unnatürliche Preiserhöhung durch Auf- und Verkauferei wird verboten und angeordnet, daß Gegenstände, welche zum Marktverkehr gehören und von außerhalb nach der Stadt gebracht werden, an Markttagen nur an den für den Markt bestimmten Plätzen, auch nicht in oder vor den Thoren im Umkreise einer Meile vom Thore an gerechnet, gekauft werden dürfen. — Den Gefindemäcker ist von jedem Thaler des vierteljährlichen Dienstlohn ein Mäckerlohn von zwei Sgr. bewilligt, doch darf für dieses Mäckerlohn in keinem Falle die Dienstherrschaft in Anspruch genommen werden, sondern ist selbiges von den vermieteten Diensthöfen zu entrichten. — Baugesuche, welche sich auf Ausführungen innerhalb der Festungsgrenzen beziehen, sollen künftighin, mit Ausnahme ganz dringender Fälle, von der königl. Kommandantur nur einmal monatlich an das Kriegsdepartement befördert werden. — Es soll in der Absicht des Unternehmers liegen, bei Etablierung eines Wintergartens im Saluz'schen Lokal auch eine den hiesigen Bedürfnissen entsprechende Bades, so wie eine Waschanstalt in größerem Style anzulegen. Es sind zwar auch für die Winterzeit vortreffliche russische Dampfbäder hier zu haben, die auch sehr besucht werden, es scheint jedoch die Gelegenheit, im Winter ein gewöhnliches Wannenbad zu nehmen, nicht ausreichend zu sein oder der erforderli-

chen Bequemlichkeit zu entbehren. — Es wird jetzt hier von Sellmann und Komp. eine Sammlung von Seemuscheln, Korallen, Mineralien, ausländischen Käfern und Schmetterlingen, sowie von Vögeln und Reptilien von ziemlichen Umfange sowohl zur Ansicht, wie zum Verkauf gezeigt; bei Einkäufen von 5 Sgr. wird das sonst 2 1/2 Sgr. betragende Eintrittsgeld erlassen. Die Sammlung befindet sich im Gasthose zum „goldenen Stern“ aufgestellt. — An das Publikum ergehen jetzt zahlreiche Einladungen zur Kirmeßfeier von den verschiedenen Restaurateurs; die besuchtesten öffentlichen Lokalitäten sind der Garten des Cafetier Bartsch, der Meisse-Brieger Bahnhof, die Brauerei in Mittel-Neuland, das Schießhaus und der Garten der Wittve Köpper, und finden sich an diesen Orten Besucher fast aus allen Mittelklassen der Bewohnerschaft von Meisse ein. — Auch bei uns werden photographische Portraits angefertigt und zwar von dem hier als Daguerreotypist bereits rühmlich bekannten Rob. Jüttner.

(Notizen aus der Provinz.) * Ples. An dem am 30. Oktober abgehaltenen Kreistage sind zu Kommissarien für Begutachtung der Klassensteuer-Reklamationen gewählt worden: Herr Bürgermeister Lipinski zu Nicolai, der stellvertretende Bürgermeister Herr Sowade von hier, Herr Freischoltze-Besitzer Struz, Herr Gutbesitzer Bogenhard von Mittel-Goldmannsdorf, Herr Scholze Mischke zu Kreuzdorf, Herr Scholze Panofski zu Drzesche.

† Reichenbach. Die Bemühungen des hiesigen Gustav-Adolph-Vereins haben dieses Jahr einen sehr segensreichen Erfolg gehabt. Die gesammelten Beiträge aus Reichenbach betragen 106 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf., aus den umliegenden Ortshäusern 42 Thlr. 13 Sgr. 9 Pf. Unser Stadttatete u. G. Schlig hat ein Kapital von 200 Thln. und der Kaufmann W. Winter ein Sümmechen von 30 Thln. zur Unterstützung einer Schule geschenkt. Der Verein hat die Schule zu Wünschelburg mit 100 Thln. unterstützt und der Centralkasse 50 Thaler zugesendet.

‡ Hirschberg. Am 27. v. M. hat sich unser „Constitutioneller Verein“ aufgelöst; ein Begebnis, welches sehr zu bedauern ist, obgleich es wegen der Theilnahmlosigkeit der Mitglieder von der Nothwendigkeit diktiert wurde. — Nach den Beschlüssen unseres Gemeinderaths wird künftig das bisher getrennte Amt eines Bürgermeisters und Syndikus in eins verschmolzen und mit einem Gehalte von 1000 Thalern dotirt werden. Der Kämmerer soll mit einem Gehalte von 700 Thalern die Leitung des Bauwesens übernehmen. Für das Forstwesen soll ein Mann von Fach unter dem Charakter eines Forst-Inspektors und mit einem Gehalte von 500 Thalern ernannt werden. Die Zahl der unbesoldeten Gemeindevorsteher ist auf 6 festgesetzt. Es kommt nun darauf an, was der Magistrat hierzu sagen wird.

⊙ Lauban. Am 9. November wird Bülse mit seiner Kapelle hier musizieren und dann am 11ten wieder in Liegnitz eintreffen. — Das Innere unserer Stadt wird immer komfortabler und wohnlicher. Das Straßenpflaster wird gangbarer, die Häuser erhalten einen freundlicheren Anstrich, die alten Schindeldächer verlieren sich immer mehr und manches schöne neue Gebäude hat sich an Stelle der alten finsternen Wohnungen erhoben.

* Liegnitz. Der hiesige Magistrat hat unterm 1. November nach erfolgter ministerieller Entscheidung die zukünftige Zusammensetzung und Begrenzung des Gemeindebezirktes der Stadt Liegnitz publizirt. — Trotzdem, daß wir noch keine Karte haben, beginnt sich doch in der Umgegend die Tollwuth bei den Hunden zu zeigen. Es wäre wirklich sehr wünschenswerth, wenn der neulich in der Bresl. Ztg. gemachte Vorschlag, daß alle Hunde, die sich auf der Straße blicken lassen, mit Maulkörben versehen sein müßten — von den städtischen Behörden in Ausführung gebracht würde. Es ließe sich auch nicht ein haltbarer Grund anführen, warum er nicht ausgeführt werden sollte. Wer ist verantwortlich für den Verlust eines Menschenlebens, wenn derselbe durch weise Vorsorge verhindert werden kann? — Bei dieser Angelegenheit muß der Kuriosität wegen eines schwarzen Pudels Erwähnung gethan werden, welcher dem Gastwirth in unserem herrlichen Lindenbusch gehört. Dieser Hund ist ein vollkommener Botaniker. Derselbe kennt die Pflanzen der Umgegend so genau, daß er auf Befehl jede Gattung der Garten- oder Feld-Blumen herbeibringt, ohne einen Fehlgriff zu thun. Seine wunderbare Unterscheidungsgabe geht so weit, daß er die bunte von der einfarbigen Georgine unterscheidet, und wenn man die erstere haben will, er gewiß nicht eine einfarbige bringen wird, und so umgekehrt.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Frankfurt a. M. [Projekt einer zollvereinsländ. Industrie-Ausstellung.] In den Kreisen der hiesigen größeren Industriellen ist, wie man der „D. V. A. Z.“ schreibt, der Plan zur Sprache gekommen, am hiesigen Orte in den nächsten Jahren eine Ausstellung von Fabrikaten vereinsländisch-deutschen Kunstfleißes zu bewerkstelligen. Derselbe befindet sich noch in den ersten Stadien des Entwurfs, aber als Grundzüge des Unternehmens dürften doch schon feststehen, daß die bezweckte Ausstellung lediglich auf privativem Wege ausgeführt, nur zollvereinsländische Fabrikate zugelassen, und durch dieselbe der Grund zu einem Nationalinstitute gelegt werde, in welchem eine fortwährende Ausstellung von Gegenständen der deutschen Industrie dem Fremden wie Einheimischen jederzeit eine nützliche Uebersicht des Standes dieser gewähre. Zugleich soll darauf Bedacht genommen werden, das Ausstellungsgebäude, welches bei dem Mangel eines hierzu passenden Lokals eigends hierfür zu erbauen sein würde, an einem geeigneten Orte und aus dauerhaftem Material zu errichten, damit es auch später zu nationalen industriellen Zwecken diene, und etwa eine große allgemeine Gewerbehalle des deutschen Zollvereins bilde. Man meint, daß auf dem Köpenicker Felde leicht eine Baustelle acquirirt werden könne.

[Postalisches.] Für die Konferenzen des deutsch-österreichischen Postvereins ist eine Geschäftsordnung festgesetzt, die über den Modus der Beratungen, so wie über die Abfassung der Protokolle nähere Bestimmungen enthält. Den Vorsitz in den Konferenzen führt der Kommissarius derjenigen Regierung, in deren Gebiet die Konferenz abgehalten wird, und wird von den Bevollmächtigten nur dann gewählt, wenn die Konferenz in einem Staate abgehalten wird, welcher die Post nicht selbst verwaltet. Der Vorsitzende eröffnet und schließt die Plenarsitzungen, leitet die Debatten und formulirt die Beschlüsse. Zur Vorbereitung wichtiger Gegenstände der Beratung werden besondere Kommissionen ernannt. Die Bestimmung über die Anzahl der Mitglieder jeder Kommission und über diejenigen Mitglieder, welche die Kommission zu bilden haben, erfolgt auf den Vorschlag des Vorsitzenden durch die Konferenz. Die Kommissionen ernennen ihren Referenten, und, wenn es nöthig ist, ihren Vorsitzenden. Ueber jede Sitzung wird ein Protokoll aufgenommen und am Schlusse der Konferenz durch eine zu ernennende Kommission die Zusammenstellung der nach der Ansicht der Majorität höhern Orts vorzulegenden Beschlüsse und deren Redaktion in Vortragsform bewirkt. Die Zusammenstellung bildet ein Supplement des Postvereins-Vertrages vom 6. April 1850. Von dem Supplement wird ein Original-Exemplar angefertigt und von jedem Bevollmächtigten unter Vorbehalt der Ratifikation vollzogen. Dieses Exemplar wird bei der Postbehörde desjenigen Landes aufbewahrt, in

welchem die Konferenz abgehalten worden ist, und eine beglaubigte Abschrift davon jeder der Vereins-Verwaltungen mitgetheilt. Am Schlusse der Konferenz wird neben der Zusammenstellung der Konferenzbeschlüsse eine Ausfertigung des Vereinsvertrages vom 6. April 1850 angefertigt, von den Bevollmächtigten sämtlicher Vereinsmitglieder vollzogen und in gleicher Weise aufbewahrt werden, wie die Zusammenstellung der Beschlüsse der ersten Konferenz. Die Ratifikationen werden derjenigen Regierung zugesandt, bei welcher die betreffenden Original-Vertrags-Exemplare sich befinden, und bei dieser aufbewahrt. Diese Regierung hat den übrigen Vereins-Mitgliedern den Eingang der Ratifikation anzuzeigen und zugleich von der auch ihrerseits erfolgten Genehmigung der Konferenz Mittheilung zu machen. (B. 3.)

C. B. Die einzelnen Kommissionen der Postkonferenz haben zum Theil ihre Arbeiten vollendet und ihre Gutachten über die Vorlagen erstattet.

Die Angelegenheit in Betreff eines mit Spanien Seitens Preußens abzuschließenden Postvertrages liegt jetzt wenigstens dem Ziele näher. Das spanische Ministerium hat auf Grund der gepflogenen Verhandlungen den Entwurf eines Vertrages ausgearbeitet, welcher, nachdem die weiteren Beratungen von Sachverständigen darüber stattgefunden, der preussischen Regierung mitgetheilt werden wird.

Herr v. Manteuffel wird sich morgen Mittag nach Kimmritz begeben, nachdem derselbe heute Abend noch den Festlichkeiten des Treabundes und der patriotischen Gesellschaft beigewohnt hat.

[724]

Bekanntmachung.

Von gestern Mittag bis heute Mittag sind als an der Cholera erkrankt 2 Personen, daran gestorben keine Person, davon genesen 5 Personen polizeilich gemeldet worden. Breslau, den 9. November 1851. Königlich-polizeiliches Präsidium.

[1916] In der Sort-Buchhandlung von Graf, Barth u. Comp. in Breslau, Herrenstraße Nr. 20, ist zu haben:

S. Schad. (Buchbinder, Liniirer und Liniir-Maschinenbauer in Bremen)

richtige vollständige Anleitung zur Liniir-Kunst,

nach welcher man alle Arten Handlungsbücher, Tabellen, Liniirblätter, Conto-Couranten und Notentlinien auf die schnellste und schönste Weise liniirt, sich die dazu nöthigen Maschinen selbst fertigen lassen, die Liniirfedern selbst machen, die verschiedenen farbigen Tinten nach richtigen Recepten billig und in höchster Schönheit herstellen kann und endlich die möglichst deutliche Anweisung, die liniirten Bücher stark und schön auf deutsche und englische Methode selbst einzubinden. Nebst 9 Quarttafeln Abbildungen von 3 Liniirmaschinen und dem zum Einbinden der Handlungsbücher unumgänglich nöthigen Buchbinderwerkzeuge, auch 25 schön und richtig lithographirten Schemata's zu allen gebräuchlichen Handlungsbüchern, Liniirblättern und Notentlinien. Dritte völlig umgearbeitete Auflage von Leisner's Liniirkunst. 8. 22 Sgr. 6 Pf.

Volgt Weimar.

(Bildet auch den 41. Band des neuen Schaulages der Künste und Handwerke.)

Dieses Buch hat seit langer Zeit geschelt, aber so vielfach es bestellt wurde, so konnte sich der Verleger nicht entschließen, es in dem mangelhaften Zustande der älteren Auflagen neu drucken zu lassen, denn dieses Gewerbe hat besonders durch den neuerdings so außerordentlich verbesserten Mechanismus der Liniirmaschinen so große Fortschritte gemacht, daß alle älteren Anweisungen dazu unbrauchbar geworden sind. Es konnte schwerlich in ganz Deutschland ein tüchtiger Mann dieser Arbeit gefunden werden, als Herr Schad in Bremen, bekannt, nicht nur als praktischer Liniirer, sondern noch mehr durch seine Erfindungen und Verbesserungen dieser Maschinen. In jeder Stadt von 15,000 Einwohnern und darüber kann eine Liniir-Anstalt als ein sehr einträgliches Gewerbe betrieben, und durch diese Schrift kann sich Jeder durch Selbstunterricht zum tüchtigen Liniirer herausbilden.

In Oppeln bei Graf, Barth u. Comp., in Brieg bei Ziegler.

[2223] Soeben ist bei Adolph Büchting in Nordhausen erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Breslau und Oppeln bei Graf, Barth u. C., in Brieg bei Ziegler:

Scher, Moriz und W. Proß, der Landwirth der Gegenwart, oder zeitgemäße Anregungen und Belehrungen über alle Berufs- und Gewerbsinteressen des Landwirths, zur Bildung und zur Erzielung eines möglichst hohen Ertrages. Zweiter Band. 8. 1851. geh. Preis 22 1/2 Sgr. (Der im v. J. erschienene 1. Band kostet ebenfalls 22 1/2 Sgr.)

Büchner, C., die höchsten Erträge des Ackerbaues durch eine der Bearbeitung mit dem Spaten gleichkommende Tiefkultur mit dem Pfluge, wobei auf die verschiedenen Bodenarten, Ackerwerkzeuge und üblichen Feldfrüchte Rücksicht genommen und die Nützlichkeit der Tiefkultur überzeugend nachgewiesen ist. Mit einer lithographirten Abbildung. 8. 1851. geh. Preis 18 1/2 Sgr.

[2028] Meine hierorts allein belegene Weißgerberei Nr. 95 Nicolai-Strasse, beabsichtige ich aus freier Hand zu verkaufen. Oppeln, den 26. Oktober 1850. Verwittwete Pohnert.

[281] Fremdenliste von Zettlig Hôtel. Gutsbes. Thamm aus Retschdorf. Gutsbes. Graf v. Pilati aus Schlegel. Gutsbes. Krzeganowicz aus Lemberg. Gutsbes. v. Lewinski aus Rasthof. Graf v. Bassowitz aus Mecklenburg. Oberst v. d. Lanen aus Gleiwitz. Bar. v. Breitbach aus Wiesbaden. Herr Weber aus Petersburg.

Markt-Preise.

Breslau am 10. November 1851

	feinste,	seine,	mit.,	ordn.	Waare
Weißer Weizen	73	68	64	56	Sgr
Gelber dito	71	68	65	58	
Roggen	62	60	57	53	
Gerste	48	47	45	42	
Hafer	28	27	26	25	
Raps	78	76	74	70	
Sommer-Rübsen	60	58	55	52	
Spiritus	11	Rtl.	Gld.		

Die von der Handelskammer eingesetzte Marktcommission.

Börsenberichte.

Berlin, 8. November. Das Geschäft war zwar sehr geringfügig und in den Coursen wenig verändert, doch die Stimmung im Allgemeinen merklich fester.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3 1/2 % 105 1/2 Br. 105 Gld., Priorität 4 1/2 % 102 1/2 Gl., 5 % 104 Br. Krakau-Oberschlesische 4 % 77 Br., Priorität 4 % 86 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 31 1/2 % bez., Priorität 5 % 99 Br. Niederschlesisch-Märkische 3 1/2 % 92 1/2 bez. und Br., Priorität 4 % 97 Gld., 4 1/2 % 101 1/2 Br., Priorität 5 % Serie III. 101 1/2 Br., Priorität Serie IV. 5 % 103 Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % 31 Br., 4 1/2 % Oberschlesische Litt. A. 3 1/2 % 129 1/2 % bez., Litt. B. 3 1/2 % 119 1/2 % bez. Rheinische 61 bez. und Gld. Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 102 1/2 bez. Staats-Anleihe 1850 4 1/2 % 103 1/2 Br. Staats-Schuld-Scheine 88 1/2 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 120 1/2 Br. Posener Pfandbriefe 4 % 103 1/2 Br., 3 1/2 % 93 Gld. Preussische Bank-Antheil-Scheine 95 1/2 Br. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94 1/2 Gl., neue 4 1/2 % 94 1/2 Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 84 bez., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 8. November. Fonds fest und wenig verändert; Nordbahnaktien bis 150 1/2 gemacht, gingen zur Notiz zurück. In Prolongationen Geldmangel. Valuten, ansangs 1/2 bis 1 % höher, London bis 12. 56. Augsburg bis 130, Gold bis 34 in Silber bis 28 1/2 bezahlt, waren am Ende zur Notiz eher zu haben als zu lassen.

5 % Metalliques 91 1/2, 4 1/2 % 81 1/2; Nordbahn 148; Hamburg 2 Monat 190; London 3 Monat 12. 52; Silber 27 1/2.